

Haushalt 2010

Redemanuskript von Jens Holzrichter – es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, meine Damen und Herren,

der städtische Haushaltsplan für das Jahr 2010 hat seinen Namen nicht verdient.

Städtisch ist er kaum.

Seit Jahren müssen wir hilflos zusehen, wie der Kreis uns immer mehr in die Tasche greift und das Land und der Bund immer wieder Aufgaben an die Kommunen überträgt, ohne die dafür erforderlichen Mittel mit zu übertragen.

Die Versuchung ist groß – und einige sind ihr heute schon erlegen oder werden dies noch tun – dafür die jeweiligen Regierungen verantwortlich zu machen. Ein altbewährtes Rezept, das zwei Monate vor einer Wahl gern wieder aufgetischt wird. Aber seien wir doch mal ehrlich: Keine der vier staatstragenden Parteien hat sich hier mit Ruhm bekleckert. In den letzten zehn Jahren hatten wir beinahe alle denkbaren Koalitionen in Land und Bund – das Konnexitätsprinzip haben sie alle verletzt. Zu groß ist die Versuchung, die eigenen Probleme zu Lasten anderer zu lösen.

Diese Erkenntnis ist nicht neu und bringt uns heute auch nicht weiter.

Warum heißt der Haushalt überhaupt **Haushalt**?

Wir ersparen uns gern Fremdwörter wie Etat oder Budget – aber was hat unser heutiges Thema überhaupt noch mit „Haushalten“ zu tun?

Jeder private Haushalt würde bei einem Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben wie dem unsrigen sicher dem Ruin zusteuern. Jeder Geschäftsführer eines privaten Unternehmens stünde am Rande der Insolvenzverschleppung.

Unserem Bürgermeister droht dieses Schicksal wohl nicht. Aber auch er wird bald Besuch eines Peter Zwegat bekommen – dieser kommt allerdings nicht aus Berlin, sondern aus Arnsberg.

In den dortigen Amtsstuben fehlt offenbar jegliches Verständnis für die massiven äußeren Einflüsse auf die städtischen Finanzen.

Im Gegenteil: Die bisherigen Nachrichten von der Bezirksregierung lassen eher eine demonstrative Unbarmherzigkeit erwarten – gern auch öffentlich präsentiert von einer Art westfälischen Antwerpes.

Statt uns Geld zu entziehen, Aufgaben zu übertragen und dann auch noch mit der Knute zu drohen sollten sämtliche Ebenen oberhalb der Kommunen mit diesen das Gespräch suchen, um endlich zu einer nachhaltigen Gemeindefinanzreform zu kommen.

Nach Auffassung der FDP muss dabei die Gewerbesteuer ersetzt werden durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer sowie ein eigenes Hebesatzrecht auf die Einkommensteuer. So kann eine solide finanzielle Grundausstattung ideal mit dem Wettbewerb der Kommunen um Arbeitsplätze und Einwohner kombiniert werden.

Bis dahin, meine Damen und Herren, ist es aber noch ein weiter Weg:

Man wird noch viel zu lange an der Achterbahn- Gewerbesteuer festhalten, obwohl diese nie eine verlässliche Einnahmequelle für die Städte sein wird

– wie wir in Lüdenscheid am Beispiel der Jahre 2008 und 2009 gut sehen können.

Daher ist auch der aktuelle Haushalt mehr Spekulation als **Plan**.

Beim **städtischen Haushalts-Plan 2010** ist jetzt noch über **2010** zu sprechen.

Wir beschließen gleich über unsere diesjährigen Finanzen, nachdem fast ein Viertel des Jahres vorüber ist. Die nächsten Haushaltsplanberatungen beginnen in gut einem halben Jahr.

Lohnt es sich also überhaupt, sich für den aktuellen Haushalt groß ins Zeug zu legen?

Ich meine: Ja. Wir müssen und wir wollen. Viele haben schon vergessen, warum wir nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen dürfen. Unser Haushalt weist seit Jahren ein strukturelles Defizit von mindestens zehn Millionen Euro aus. Soviel geben wir Jahr für Jahr zuviel aus – auch ohne äußere Einflüsse. Hier sind wir vor Ort gefordert, unserer Verantwortung für die Zukunft gerecht zu werden.

Und zum Glück arbeiten wir im Rat alle daran – naja, fast alle.

Durch die Sammlung von Sparvorschlägen der Verwaltung und die Hilfe von Horváth & Partners beschäftigen wir uns seit Wochen mit unzähligen Ideen zur Kostensenkung. Das ist viel Arbeit und macht selten Spaß – aber es ist richtig und wichtig.

Nach fester Auffassung der FDP steht Ausgaben-senkung vor Einnahmen-erhöhung. Genau deshalb widmen wir uns jedem noch so kleinen Einzelvorschlag, bevor wir der Erhöhung von Steuern und Beiträgen nur ansatzweise zustimmen könnten.

Genau deshalb haben wir gerade die Erhöhung der Grundsteuer abgelehnt.

Genau deshalb haben wir gerade gegen die Erhöhung der Elternbeiträge gestimmt.

Und genau deshalb ist die Mitwirkung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung so wichtig:

Ohne Ihre Hilfe, liebe Beschäftigte, könnten wir hier nichts erreichen. Ohne Ihre Ideen und Vorschläge wären wir von einem ausgeglichenen Haushalt noch weiter entfernt.

Damit geht der in jeder Haushaltsrede fällige Dank an die Verwaltung diesmal weit über die Kämmerei hinaus.

Und deshalb erneuere ich an dieser Stelle das von der FDP-Fraktion schon vor Jahren gegebene Versprechen:

Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Wer zu Recht das in Frage stellt, womit er sich den ganzen Tag im Rathaus befassen muss, darf nicht als „Belohnung“ seine Anstellung verlieren. Vielleicht wechselt er oder sie aber den Aufgabenbereich – dafür haben wir fast alle als Generalisten ausgebildet. Diese Flexibilität verlangen wir ausdrücklich.

Die Fairness gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll auch bei zukünftigen Maßnahmen gewahrt bleiben. Hierbei geht es zunächst um die Änderung der Aufbauorganisation durch Einführung des Fachbereichsmodells.

Als nächstes wollen wir die Aufgabenkritik forcieren, indem wir freiwerdende Stellen strenger als bisher unter die Lupe nehmen.

Und schließlich wollen wir auch einzelne Ämter und Einrichtungen aus der Verwaltung lösen. Mehr Selbstständigkeit und eigene Verantwortung soll zu mehr Effizienz und einem geringeren Mittelbedarf führen.

⇒ *EINSCHUB: Erläuterung gemeinsamer Antrag zum Stellenplan*

Wir wollen nicht nur den Bediensteten der Stadt gegenüber fair bleiben, sondern auch bei denjenigen, die wir teils seit Jahrzehnten finanziell unterstützen. So haben wir uns an vielen Stellen dafür eingesetzt, Zuschusskürzungen erst im nächsten Jahr wirken zu lassen, damit wir niemandem im laufenden Jahr einfach den Hahn zudrehen.

Natürlich wird die Nachricht deshalb immer noch nicht mit Freude aufgenommen. Aber mancher Verein hat so noch ein Dreivierteljahr länger Zeit, um eigene Ausgaben zu verändern oder alternative Einnahmequellen zu suchen.

Bei der Sparsamkeit darf die Kommunalpolitik aber nicht nur über andere reden. Die Stadt Lüdenscheid ist dafür bekannt, dass hier die Fraktionen mit den landesweit niedrigsten Zuschüssen bedacht werden. Das haben wir auch in der laufenden Wahlperiode durchgehalten. Zusätzlich wurde der Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung abgeschafft. Spötter mögen behaupten, dass wir in den vergangenen Jahren viele Beteiligungen

veräußert haben und die Finanzentwicklung wenig zu beeinflussen ist. Praktisch wurde die Aufgabe des „BOFi“ aber dem Hauptausschuss übertragen.

Zu Beginn der Wahlperiode gab es Überlegungen zur Zusammenlegung weiterer Ausschüsse, die aber keine Mehrheit fanden – auch heute nicht.

Stattdessen ist es jetzt wichtig, auf anderem Wege den Aufwand zu reduzieren: So gibt es durch klarere Kompetenzabgrenzung weniger gemeinsame Sitzungen der Ausschüsse.

Abspraken über die Behandlung aktueller Themen z.B. zwischen den Vorsitzenden von Planungs- und Bauausschuss haben doppelte Sitzungen überflüssig gemacht.

Durch eine geringere Anzahl von Anfragen, die oft vorrangig der öffentlichen Berichterstattung dienen, werden nachweislich Verwaltungskosten gespart.

Natürlich ist das alles nicht so schön einfach und symbolträchtig wie die Zusammenlegung von zwei Ausschüssen, aber es ist letzten Endes sachdienlicher.

Dies ist die Einladung zur Planungsausschuss-Sitzung am letzten Mittwoch.

Dieser Umfang kann nicht mal so eben vom Bauausschuss miterledigt werden und umgekehrt gilt das gleiche.

Zudem sind auch die Ausschussmitglieder inzwischen sehr spezialisiert. Ein Spezialwissen, das beispielsweise auch verloren ginge, wenn man den Sportausschuss zugunsten des Schulausschusses auflösen würde.

In diesem Zusammenhang sei nur nebenbei erwähnt, dass die Forderung nach einer Verkleinerung der Ausschüsse offenbar fallengelassen wurde. Das mag vielleicht daran liegen, dass beide Zweier-Fraktionen bei kleinen Ausschüssen nicht mehr mit am Tisch saßen. So brutal gegen sich selbst will man dann doch nicht werden...

Zurück zu wichtigeren Fragen.

Gerade haben wir einstimmig entschieden, die Investitionen in die Denkfabrik an die Spitze aller Prioritätenlisten der nächsten Jahre zu setzen. Eine wichtige und eine richtige Entscheidung.

Hier geht es um viel mehr als nur unseren Beitrag zur Regionale 2013. Hier geht es um eine Weichenstellung für die Zukunft unserer Stadt.

Wir wollen nicht nur eine Brache in der Innenstadt wiederbeleben, wir wollen auch eine neue Perspektive für Bildung und Arbeitsplätze in Lüdenscheid schaffen. Diese Perspektive dürfen wir bei allem Frust über die Haushaltslage nicht aus den Augen verlieren.

Es geht darum, unsere Stadt fit für die Zukunft zu machen, den jungen Menschen hier eine solide Ausbildung und eine sichere Arbeit zu geben. Und es geht darum, die pessimistischsten Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung nicht wahr werden zu lassen.

Was können wir neben der Förderung der Denkfabrik dafür tun?

Hier sind sich eigentlich alle Fraktionen einig: Wir wollen eine familienfreundlichere Stadt werden, in der man gerne wohnt und in die man gerne zieht.

Wie können wir dies erreichen? Dabei gehen die Meinungen auseinander – zwischen initiativ und konservativ, zwischen verbessern und verhindern.

Im letzten Jahr hat der Rat mehrfach über die Verwendung von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II entschieden, meist einstimmig: Es wird in den Erhalt von städtischen Gebäuden und Vereinsdomizilen investiert, Bildungsstätten werden saniert, die Energieeffizienz verbessert und etwas für die Barrierefreiheit getan.

Erst als es um mehr Familienfreundlichkeit geht, ist es mit der Einstimmigkeit vorbei:

Ein brachliegender Sportplatz soll zu einem Familienplatz umgestaltet werden und so mit Leben gefüllt statt dem Verfall preisgegeben werden.

Dafür ist weniger als ein Zehntel der Konjunkturpaket-Mittel vorgesehen. Dennoch formiert sich Widerstand – und das gleich doppelt:

Neben die vom persönlichen Interesse geleitete Initiative von Anwohnern gesellen sich die Verlierer der Kommunalwahl und trommeln nach Kräften gegen die Verwirklichung einer Idee, die leider ein anderer hatte.

Weil man im Stadtrat nur noch über ein gutes Drittel der Stimmen verfügt, kommt das Bürgerbegehren als neues Instrument der politischen Meinungsäußerung gerade recht. Außerdem muss man sich dabei auf keine Alternativen festlegen – es reicht, einfach nur dagegen zu sein.

⇒ *EINSCHUB Ablehnung des Haushalts wegen durchlaufender Mittel?*

Eines will ich hier klar und deutlich sagen: Die FDP unterstützt – wie gerade geschehen – die Durchführung eines Bürgerentscheids.

Alle Wahlberechtigten sollen mitbestimmen, ob in Lüdenscheid noch an Perspektiven für Familien gearbeitet werden darf oder nicht.

Wir kämpfen für den Familienplatz und wir hoffen auf eine Ablehnung des Bürgerentscheids.

Schon beim Bürgerbegehren hat sich gezeigt: Ein Großteil der Unterschriften kam zusammen, als noch niemand wissen konnte, wogegen er da überhaupt unterschreibt.

Je mehr kuriose Gerüchte den konkreten Plänen wichen, desto leiser wurde der Protest.

Ähnlich kühn waren einige Behauptungen über die geplanten Kunstrasenplätze. Hier gibt es einen einstimmigen Beschluss des Sportausschusses zur Sanierung der Fußballplätze am Wefelshohl, am Dickenberg und in Brügge. Die beiden Maßnahmen in Brügge und am Dickenberg sollen mit Hilfe des Konjunkturpakets lediglich vorgezogen werden.

Deshalb darf man also nicht generell gegen diese Plätze sein, sondern muss die Pläne anders zu sabotieren versuchen.

Hier ein verkürzter Überblick:

Vorwurf 1: „Die Plätze sind völlig unterfinanziert.“

Es folgt eine Kostenschätzung für alle drei Plätze und der Ansatz wird um 100.000 Euro (= 7,4 %) erhöht. Wieder Gezeter, denn man ist der Forderung nachgekommen.

⇒ *EINSCHUB: Deckungsvorschlag*

Vorwurf 2: „Die Plätze sind zu klein.“

Lösung: Es wird um 2 Meter weniger verkleinert und Dickenberg und Wefelshohl erfüllen alle Bedingungen.

In Brügge konnten und können die vom FLVW vorgeschriebenen Maße für die Bezirksliga (das sind übrigens die DFB-Maße für Länderspiele) aus topographischen Gründen niemals eingehalten werden.

Dafür wurde eine Ausnahmegenehmigung vom Verbandsfußballausschuss eingeholt. Fertig.

Vorwurf 3: „Recyclingmaterial taugt nichts.“ - ebenfalls widerlegt.

Vorwurf 4: „Das riecht fies.“ – Das kann man ab diesem Zeitpunkt auch über die Qualität der Argumente sagen.

Mehr enttäuscht von der Haltung einzelner Kommunalpolitiker – handelnd nach dem Motto: „Im Verein ist Sport am schönsten – und zwar in meinem.“ – bin ich noch vom Desinteresse der Sportverwaltung. Bis hinauf zum Dezernenten will offenbar niemand offensiv die Chance ergreifen, die sich hier durch das Konjunkturpaket bietet – hat dies etwa politische Gründe?

So oder so: Beide Sportplätze und die betroffenen Vereine stellen wichtige Ankerpunkte in Randgebieten der Stadt dar.

Wir dürfen sie nicht abschreiben, sondern müssen offensiv für ihre Attraktivität kämpfen. Auch und gerade weil wir dadurch etwas für Sport, Freizeit und den Nachwuchs in unserer Stadt tun können.

An diesem Beispiel lässt sich also gut erläutern, warum wir zwar in allen Sonntagsreden die Zukunft unserer Stadt in den Mittelpunkt stellen, aber dann am Montag doch völlig gegensätzlicher Meinung zu sein scheinen.

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

wenigstens in der zweiten Jahreshälfte 2010 haben wir hoffentlich alle die Kraft, mit mehr Geschlossenheit weitere Weichen für die Zukunft unserer Stadt zu stellen – sei es in finanzieller, gesellschaftlicher oder planerischer Hinsicht.

Damit wir gemeinsamen einen städtischen Haushaltsplan für 2011 verabschieden können, der seinen Namen in jeder Silbe verdient hat.

Vielen Dank.